BKU
BUND KATHOLISCHER UNTERNEHMER.

Ein Aktionsplan des
Bundes Katholischer Unternehmer

Generation Aufstieg

Aktionsplan für junge Leistungsträger

Stand: November 2026

DIE LAGE

Deutschland verliert seine jungen Leistungsträger

Deutschland verliert jedes Jahr fast 100.000 eigene Staatsbürger an das Ausland, und jeder fünfte junge Mensch plant den Weggang. Wer jung, gut ausgebildet und leistungsbereit ist, findet hier die zweithöchste Abgabenlast der OECD, die niedrigste Eigentumsquote der EU und eine Politik, die gezielt Ältere entlastet. Deutschland bietet jungen Menschen keine Perspektive.

Abwanderung

- 2025 sind 288.579 Deutsche ins Ausland gezogen. 191.890 Deutsche sind aus dem Ausland zugezogen (Destatis).
- Der Saldo lag bei minus 97.000, nach minus 81.000 im Jahr 2024. Seit 2005 verliert Deutschland in jedem Jahr mehr Staatsbürger, als zurückkommen (Destatis).
- Hauptziele 2025: Schweiz mit 23.000, Österreich mit 14.000, Spanien mit 10.000 Fortzügen (Destatis).
- Am stärksten ist die Nettoabwanderung im Alter von 23 bis 31 Jahren (IW).
- Es gehen die Qualifizierten: 48 % der in Deutschland Geborenen, die in anderen OECD-Ländern leben, sind hochqualifiziert. Im Inland sind es 29 % (IW nach OECD-Daten).

Auswanderungsabsicht

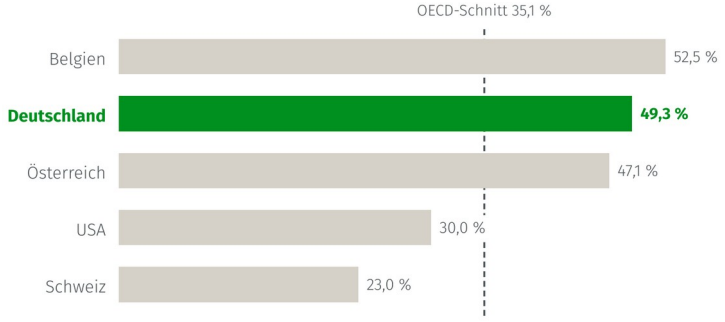
- 21 % der 14- bis 29-Jährigen planen konkret, Deutschland zu verlassen. 41 % können es sich grundsätzlich vorstellen (Trendstudie Jugend in Deutschland 2026, rund 2.000 Befragte).
- Studierende nennen als Ziel am häufigsten die Schweiz, Spanien und skandinavische Länder (Forschung & Lehre). Hintergrund laut Studie: unsichere Berufsaussichten, hohe Wohnkosten, fehlende Perspektive (Universität Potsdam).

Abgaben

- Staat und Sozialversicherung erheben in Deutschland 49,3 % der Arbeitskosten eines Durchschnittsverdieners. Mehr ist es in der OECD nur in Belgien (OECD Taxing Wages 2026).

Deutschland erhebt 49,3 % der Arbeitskosten: Platz 2 in der OECD

Steuern und Sozialabgaben in % der Arbeitskosten, Alleinstehende ohne Kinder mit Durchschnittslohn, 2025



Quelle: OECD Taxing Wages 2026, Tabelle 1.1

- Nach Kaufkraft bleiben einem Durchschnittsverdiener in der Schweiz netto rund 51 % mehr als in Deutschland, 87.303 statt 57.634 US-Dollar. Brutto sind es nur rund 13 % mehr (Euronews nach OECD). Steuern und Sozialbeiträge nehmen ihm 18,1 % des Bruttolohns, in Deutschland 38,7 % (OECD Taxing Wages 2026, Tabellen 3.2 und 3.10, eigene Rechnung).
- Der Gesamtbeitrag zur Sozialversicherung lag 2025 bei 42,5 %. Ohne Reformen steigt er bis 2035 auf fast 49 %, mit einer dauerhaften Haltelinie beim Rentenniveau auf rund 50 % (IGES für DAK). Wer heute 25 ist, zahlt diesen Anstieg sein ganzes Berufsleben.

Eigentum

- 2025 lebten 47,2 % der Menschen in Deutschland im eigenen Wohneigentum, im EU-Schnitt 68,5 %. Deutschland ist damit Schlusslicht der EU (Euronews nach Eurostat, Eurostat).

Politik für die Älteren

- Seit Januar 2026 verdienen Rentner, die weiterarbeiten, 2.000 € im Monat steuerfrei (Aktivrente, KPMG). Ein Berufseinsteiger zahlt Einkommensteuer ab dem ersten Euro über dem Grundfreibetrag, beginnend mit 14 %.
- Die Einkommensteuerreform 2027, seit dem 8. Oktober im Finanzausschuss, enthält keine eigene Maßnahme für junge Leistungsträger. Sie hebt den Arbeitnehmer-Pauschbetrag von 1.230 auf 1.430 € an, davon profitieren alle Beschäftigten. Zugleich erhöht sie die Pauschsteuer auf Minijobs von 2 auf 5 % (Bundestag).

Rente

- Das Rentensystem ist demografisch nicht nachhaltig und wirkt zulasten der Jungen. Der Rentenbeitrag steigt bis 2028 voraussichtlich auf 19,8 % (DRV). Nach dem Auslaufen der Haltelinie von 48 % im Jahr 2031 sinkt das Rentenniveau (ZDFheute).
- Die Jungen haben das Vertrauen verloren. Nur 49 % der 18- bis 30-Jährigen rechnen im Alter mit Geld vom Staat, ein Jahr zuvor waren es 56 %. Nur 5 % glauben, dass die gesetzliche Rente ihren Lebensstandard hält. 79 % fürchten Altersarmut (Forsa für Visa und ING, Juni 2026, 1.003 Befragte).
- Die Rentenkommission hat im Juni 2026 ihre Empfehlungen vorgelegt. Ein Gesetzentwurf liegt bis heute nicht vor (BMAS).

Der Befund ist eindeutig. Der BKU legt deshalb einen Aktionsplan vor, der schnell umsetzbar ist und dort ansetzt, wo junge Menschen Leistung, Eigentum und Aufstieg heute am stärksten verwehrt werden. Er verbindet Sofortmaßnahmen mit dem Einstieg in eine generationengerechte Rente.

Der Aktionsplan auf einen Blick

18 Maßnahmen in fünf Säulen: Leistung, Eigentum, Gründen, Zurückholen, Generationengerechtigkeit. Fünf davon kosten nichts. Alle zusammen kosten im Endausbau rund 28,5 Mrd. € im Jahr, rund 1,3 % der Staatsausgaben, mit der kürzeren Option beim Startfreibetrag rund 26,5 Mrd. €. Finanziert wird das über weniger Finanzhilfen des Bundes, eine Ausgabenregel und die Abschaffung der Rente mit 63.

Nr.	Maßnahme	Wer entscheidet	Kosten pro Jahr (BKU-Schätzung)	Umsetzbarkeit
1	Leistungsprämie bis 3.000 € steuerfrei	Bundestag, Bundesrat	rund 4,4 Mrd. €	hoch
2	Überstunden bis 7.500 € steuerfrei	Bundestag, Bundesrat	höchstens rund 7,2 Mrd. €	mittel
3	Wöchentliche statt täglicher Höchstarbeitszeit, für alle Betriebe	Bundestag	keine	hoch
4	Startfreibetrag bis 35	Bundestag, Bundesrat	rund 4,9 oder 2,9 Mrd. €	mittel
5	Keine Grunderwerbsteuer bis 35	Bundestag, Bundesrat	rund 2,0 Mrd. € (Länder)	mittel
6	KfW-Bürgschaft für das Eigenkapital, Erlass je Kind	Bundesregierung, KfW	gering, Erlass je Kind 0,3 oder 0,7 Mrd. €	hoch
7	Aufstiegsdepot, Stufe 1	Bundestag, Bundesrat	rund 1,8 Mrd. €	hoch
8	Aufstiegsdepot, Stufe 2	Bundestag	rund 4,3 Mrd. € (Rentenversicherung)	niedrig
9	Mitarbeiterbeteiligung vereinfachen	Bundestag, Bundesrat	unter 0,5 Mrd. €	mittel
10	Gründerfreibetrag, auch für GmbH und UG	Bundestag, Bundesrat	rund 1,5 Mrd. €	mittel
11	Gründen in 24 Stunden, Steuernummer in einer Woche	Bund, Länder	keine	hoch
12	Gründer-Schonfrist: drei Jahre keine neuen Berichtspflichten	Bundestag	keine	hoch
13	Keine Rentenpflicht für Selbständige	Bundestag	keine	hoch
14	Rückkehrer-Freibetrag	Bundestag, Bundesrat	rund 1,4 Mrd. €	mittel
15	Weiterbildungsbonus	Bundestag, Bundesrat	rund 0,3 Mrd. €	mittel
16	Generationen-Check für jedes Gesetz	Bundesregierung	keine	hoch
17	Rente mit 63 abschaffen	Bundestag	Einsparung rund 9,5 Mrd. € je Rentnerjahrgang	mittel
18	Finanzbildung und freie Vorsorge statt Frühstart-Rente	Länder, Bundestag, Bundesrat	offen, frei werden bis 0,4 Mrd. €	mittel

Steuergesetze brauchen die Zustimmung des Bundesrats, weil die Einkommensteuer Ländern und Gemeinden mit zusteht (Art. 105 Abs. 3 GG). Die Rechenannahmen stehen bei jeder Maßnahme.

SÄULE 1

Leistung muss sich lohnen

Wer mehr arbeitet, mehr leistet oder gerade erst anfängt, soll davon spürbar mehr behalten. Heute gehen bei einer jungen Fachkraft mit 42.000 € Jahresgehalt von jedem zusätzlich verdienten Euro rund 45 Cent an Steuer und Sozialabgaben (eigene Rechnung).

1. Leistungsprämie bis 3.000 € steuerfrei

- **Umsetzung:** Arbeitgeber können jedes Jahr bis zu 3.000 € als Leistungsprämie zahlen, frei von Lohnsteuer. Die Bedingungen legt der Arbeitgeber fest, etwa Zielerreichung, Projekterfolg oder eine abgeschlossene Weiterbildung. Voraussetzung wie bei der Inflationsausgleichsprämie: Die Prämie kommt zusätzlich zum geschuldeten Lohn, sie ersetzt keine Gehaltserhöhung. Sozialabgaben fallen weiter an, damit Rentenansprüche wachsen und die Sozialkassen nicht belastet werden. Neuer Befreiungstatbestand in § 3 EStG.
- **Wer entscheidet:** Bundestag mit Zustimmung des Bundesrats.
- **Was es jungen Menschen bringt:** Eine Fachkraft mit 42.000 € Jahresgehalt behält von 3.000 € Prämie heute rund 1.640 €. Künftig sind es rund 2.350 €, gut 700 € mehr (eigene Rechnung).
- **Kosten für den Staat:** rund 4,4 Mrd. € im Jahr. Annahme: Ein Viertel der 42,3 Mio. Arbeitnehmer (anwaltonline nach Destatis) erhält im Schnitt 1.500 €, Grenzsteuersatz 28 %.
- **Vorbild:** Die Inflationsausgleichsprämie von bis zu 3.000 €, steuerfrei von Oktober 2022 bis Ende 2024 (Bund der Steuerzahler). Lohnbüros und Finanzämter kennen das Verfahren. Österreich besteuert das 13. und 14. Gehalt bis zu einem Jahressechstel von 25.000 € mit pauschal 6 % (Regeln 2026).

2. Überstunden nach französischem Modell

- **Stand:** Die Koalition hat steuerfreie Überstundenzuschläge angekündigt (Gleiss Lutz), ihr Entwurf vom September 2025 wurde nicht weiterverfolgt. Überstunden sind heute voll steuer- und beitragspflichtig (lohndirekt).
- **Umsetzung:** Die gesamte Vergütung für Überstunden, Grundlohn und Zuschlag, ist bis 7.500 € im Jahr einkommensteuerfrei. Der Arbeitnehmeranteil zur Sozialversicherung auf diese Vergütung wird halbiert. Begünstigt sind nur Stunden über der Vollzeit: über der tariflichen Wochenarbeitszeit, ohne Tarifvertrag über 40 Stunden. Eine Missbrauchsregel verhindert, dass Verträge künstlich gekürzt werden. Für Teilzeitkräfte, die ihre Stunden aufstocken, gilt die im Koalitionsvertrag angekündigte Aufstockungsprämie (Gleiss Lutz).
- **Wer entscheidet:** Bundestag mit Zustimmung des Bundesrats (EStG); die Halbierung des Sozialversicherungsanteils über SGB IV.
- **Was es jungen Menschen bringt:** Ein Facharbeiter mit 42.000 € Gehalt und 100 bezahlten Überstunden zu je 28 € behält von 2.800 € heute rund 1.530 €. Künftig sind es rund 2.500 €, knapp 1.000 € mehr (eigene Rechnung).
- **Kosten für den Staat:** höchstens rund 7,2 Mrd. € im Jahr, davon 5,3 Mrd. € Steuern und 1,9 Mrd. € Sozialversicherung. Annahme: 1,09 bezahlte Überstunden je Arbeitnehmer und Monat (IAB-Daten

nach Wirtschaftsdienst), 32 € je Stunde, Grenzsteuersatz 30 %. Weil nur Stunden über der Vollzeit zählen, dürften die Kosten niedriger liegen.

- **Vorbild:** Frankreich. Dort ist die Überstundenvergütung seit 2019 einkommensteuerfrei, seit 2022 bis 7.500 € netto im Jahr. Zusätzlich sinken die Sozialabgaben des Arbeitnehmers (PayFit). Die gesetzliche Arbeitszeit liegt dort bei 35 Stunden, jede Stunde darüber zählt als Überstunde.

3. Wöchentliche statt täglicher Höchstarbeitszeit

- **Umsetzung:** Das Arbeitszeitgesetz ersetzt die tägliche Grenze von acht, ausnahmsweise zehn Stunden (§ 3 ArbZG) durch eine wöchentliche Höchstarbeitszeit von 48 Stunden im Schnitt. Das gilt für alle Betriebe, mit und ohne Tarifvertrag. Die EU-Arbeitszeitrichtlinie lässt das zu (Art. 6 der Richtlinie 2003/88/EG). Die Ruhezeit von elf Stunden bleibt (§ 5 ArbZG).
- **Stand:** Das Arbeitsministerium hat im Juni 2026 einen Referentenentwurf vorgelegt. Er erlaubt die Wochenhöchstarbeitszeit nur in tarifgebundenen Betrieben, also für rund jeden zweiten Beschäftigten. Ein Kabinettsbeschluss fehlt (Personalwirtschaft). Der BKU fordert die Regel für alle Betriebe. Gerade kleine Betriebe ohne Tarifvertrag brauchen die Flexibilität.
- **Wer entscheidet:** Bundestag.
- **Was es jungen Menschen bringt:** Eine Vier-Tage-Woche mit längeren Tagen, Projektspitzen ohne Ausnahmegenehmigung, mehr Freiheit für junge Eltern bei der Einteilung.
- **Kosten für den Staat:** keine.

4. Startfreibetrag bis 35

- **Umsetzung:** Berufseinsteiger bekommen zusätzlich 500 € im Monat steuerfrei, also 6.000 € im Jahr, längstens bis zum 35. Geburtstag. Option A gilt für die ersten fünf Berufsjahre, Option B für die ersten drei. Das gilt für Arbeitnehmer und Selbständige. Technisch ein zusätzlicher Freibetrag im Lohnsteuerabzug, der Arbeitgeber bucht ihn automatisch über die Steuer-ID.
- **Wer entscheidet:** Bundestag mit Zustimmung des Bundesrats.
- **Was es jungen Menschen bringt** (eigene Rechnung):
  - Facharbeiter, 23 Jahre, 36.000 € brutto: rund 1.580 € mehr im Jahr.
  - Pflegekraft, 26 Jahre, 42.000 € brutto: rund 1.680 € mehr im Jahr.
  - Ingenieurin, 28 Jahre, 55.000 € brutto: rund 1.900 € mehr im Jahr.
  - Über fünf Jahre (Option A) summiert sich das auf 7.900 bis 9.500 €, genug für einen Großteil der Kaufnebenkosten einer Wohnung. Über drei Jahre (Option B) sind es 4.700 bis 5.700 €.
- **Kosten für den Staat:** Option A rund 4,9 Mrd. € im Jahr, Option B rund 2,9 Mrd. €. Annahme: 700.000 Berufseinsteiger pro Jahr aus Ausbildung und Studium, 85 % steuerpflichtig beschäftigt, Entlastung im Schnitt 1.650 €, fünf oder drei Jahrgänge.
- **Argument:** Die Aktivrente stellt seit Januar 2026 bei Rentnern, die weiterarbeiten, 2.000 € im Monat steuerfrei (KPMG). Der Startfreibetrag gibt Berufseinsteigern ein Viertel davon.
- **Vorbild:** Polen stellt Arbeitseinkommen unter 26 Jahren bis 85.528 Zloty im Jahr steuerfrei (poradnikprzedsiebiorcy.pl). Portugal stellt unter 35-Jährigen zehn Jahre lang abschmelzend einen Teil des Arbeitseinkommens steuerfrei, bis rund 29.500 € im Jahr (IRS Jovem, Coverflex).

SÄULE 2

Eigentum für die junge Generation

In Deutschland leben nur 12 % der 16- bis 34-Jährigen im Eigentum, in den meisten Vergleichsländern sind es 30 % und mehr (IW). 69 % der deutschen 18- bis 34-Jährigen wohnen zur Miete, im europäischen Schnitt 38 % (Euronews nach RE/MAX). Eigentum ist der Kern der Sozialen Marktwirtschaft. Die Säule setzt bei Wohnung, Altersvorsorge und Unternehmensanteilen an. Förderung für Käufer hilft nur, wenn genug gebaut wird. Wie das schneller und günstiger geht, mit Gebäudetyp E, seriellem Bauen, Aufstockungen und Umnutzung, beschreibt das Grundsatzstatement Wohnen des BKU.

5. Keine Grunderwerbsteuer bis 35

- **Umsetzung:** Wer beim Kauf jünger als 35 ist und selbst einzieht, zahlt auf die ersten 250.000 € Kaufpreis keine Grunderwerbsteuer, plus 150.000 € je Kind. Bei Paaren gilt der Freibetrag für jeden Käufer. Wer innerhalb von fünf Jahren verkauft oder vermietet, zahlt nach. Neue Befreiung in § 3 GrEStG.
- **Wer entscheidet:** Bundestag mit Zustimmung des Bundesrats. Das Grunderwerbsteuergesetz ist Bundesrecht, das Aufkommen steht den Ländern zu. Die Länder können bis dahin allein handeln, über einen Zuschuss für Ersterwerber. Hessen zahlt seit 2024 jedem Ersterwerber 10.000 € und 5.000 € je Kind, verteilt auf zehn Jahre (Hessengeld, fertighaus.de).
- **Was es jungen Menschen bringt** (eigene Rechnung, Steuersätze nach vergleich.de):
  - Paar, beide 31, kauft in NRW eine Wohnung für 400.000 €: spart 26.000 € Grunderwerbsteuer (6,5 %).
  - Single, 29, kauft in Berlin für 300.000 €: zahlt 3.000 € statt 18.000 € (6,0 %).
- **Kosten für den Staat:** rund 2,0 Mrd. € im Jahr, bei den Ländern. Annahme: 120.000 Käufe pro Jahr, Entlastung im Schnitt 17.000 €. Basis: weniger als 400.000 Menschen wechseln pro Jahr von der Miete ins Eigentum (empirica nach IW).
- **Warum 35:** Beim ersten Kauf sind Deutsche im Schnitt 33,6 Jahre alt, fünf Jahre älter als Briten (Euronews nach RE/MAX). Die Grenze trifft also genau den typischen Erstkäufer.
- **Argument:** Die Unionsfraktion hat 2022 dieselben Freibeträge für den Ersterwerb beantragt (Drs. 20/1855, VDIV). Im Koalitionsvertrag fehlt die Grunderwerbsteuer (Haufe).

6. KfW-Bürgschaft für das Eigenkapital, Erlass je Kind

- **Ausgangslage:** Familien mit Kindern bekommen bei der KfW zinsgünstige Kredite für den Kauf eines sanierungsbedürftigen Altbaus, seit August 2026 je nach Kinderzahl 140.000 bis 180.000 €, den Höchstbetrag erst ab drei Kindern (Jung kauft Alt). Das Programm gilt nur für Häuser der Energieklassen F bis H, die Einkommensgrenze liegt bei 90.000 € mit einem Kind, plus 10.000 € je weiterem Kind (KfW). Das Eigenkapital müssen Käufer weiter selbst aufbringen. Empfohlen werden mindestens 20 % des Kaufpreises plus Kaufnebenkosten (Finanztip).

- **Umsetzung:** Für Käufer unter 35 und selbstgenutztes Wohneigentum bürgt die KfW für bis zu 20 % des Kaufpreises. Die Bank kann dann ohne die üblichen 20 % Eigenkapital finanzieren. Eine einmalige Gebühr deckt das Ausfallrisiko.
- **Familienkomponente:** Je Kind erlässt die KfW einen festen Betrag auf ihre Wohneigentumskredite. Bei der Geburt eines Kindes kann die Tilgung ausgesetzt werden. Das greift das Grundsatzstatement Wohnen des BKU auf, das ein neues Baukindergeld vorschlägt. Zwei Szenarien:
  - Szenario A: 5.000 € je Kind.
  - Szenario B: 12.000 € je Kind, so viel wie das frühere Baukindergeld. Es zahlte für Kaufverträge von 2018 bis März 2021 je Kind 1.200 € im Jahr, zehn Jahre lang (Steuertipps).
- **Wer entscheidet:** Bundesregierung über die KfW. Den Bürgschaftsrahmen und die Mittel für den Erlass setzt der Bundestag im Haushaltsgesetz. Der Koalitionsvertrag will staatliche Bürgschaften für Hypotheken prüfen (Haufe).
- **Was es jungen Menschen bringt:** Bei einer Wohnung für 400.000 € müssen sie nicht mehr 80.000 € Eigenkapital ansparen. Zusammen mit Maßnahme 5 bleiben vor allem Notar und Grundbuch. Eine Familie mit zwei Kindern hat 10.000 € (Szenario A) oder 24.000 € (Szenario B) weniger Schulden.
- **Kosten für den Staat:** Die Bürgschaft kostet wenig. Der Haushalt zahlt nur bei Ausfällen, die Gebühr deckt den größten Teil. Der Erlass je Kind kostet rund 0,3 Mrd. € im Jahr in Szenario A und rund 0,7 Mrd. € in Szenario B. Annahme: 60.000 Käufer unter 35 nutzen die Bürgschaft pro Jahr, die Hälfte der Ersterwerber aus Maßnahme 5, im Schnitt mit einem Kind.
- **Vorbild:** Niederlande mit der staatlichen Hypothekengarantie (Nationale Hypotheekgarantie, Hypotheker).

7. Aufstiegsdepot, Stufe 1: das Altersvorsorgedepot ausbauen

- **Gilt ab 2027:** Das Altersvorsorgedepot startet am 1.1.2027 (ING): ETFs ohne Garantiepflicht, Standarddepot mit Kostendeckel 1 %, Zulage bis 540 € im Jahr, einmalig 200 € für Einsteiger unter 25. Besteuert wird erst bei der Auszahlung.
- **Was fehlt:** Wer sich nicht kümmert, spart nicht. Die Beiträge sind nicht frei von Sozialabgaben. Erben außer dem Ehepartner müssen Zulagen und Steuervorteil zurückzahlen (finanzwelt).
- **Der BKU fordert zusätzlich:**
  - Automatisch: Jeder Berufseinsteiger bekommt über den Arbeitgeber ein Standarddepot mit voreingestelltem Beitrag, etwa 2 % des Bruttolohns. Wer nicht will, widerspricht.
  - Aus dem Brutto: Beiträge bis 4 % der Beitragsbemessungsgrenze sind frei von Sozialabgaben, wie bei der Entgeltumwandlung in die Betriebsrente.
  - Arbeitgeberbeiträge ins Depot sind steuer- und abgabenfrei.
  - Voll vererbbar: auch an Kinder, ohne Rückzahlung der Förderung.
  - Einsteigerbonus 1.000 € statt 200 €.
- **Wer entscheidet:** Bundestag mit Zustimmung des Bundesrats (Einkommensteuergesetz, Altersvorsorgeverträge-Zertifizierungsgesetz, SGB IV).
- **Was es jungen Menschen bringt:** Eine Berufseinsteigerin, die 100 € im Monat spart, bekommt 390 € Zulage und zahlt rund 260 € weniger Sozialabgaben. Das sind rund 650 € Förderung auf 1.200 € Eigenbeitrag, dazu einmalig 1.000 € Startbonus (eigene Rechnung).

- **Kosten für den Staat:** rund 1,8 Mrd. € im Jahr. Annahme: 2 Mio. zusätzliche Sparer durch die automatische Aufnahme (0,8 Mrd. € Zulagen), höherer Bonus für 600.000 Einsteiger (0,5 Mrd. €), Abgabenfreiheit (0,5 Mrd. € Sozialversicherung).
- **Vorbild:** Großbritannien. Seit Oktober 2012 werden Arbeitnehmer automatisch in eine Betriebsrente aufgenommen und können widersprechen (GOV.UK).

8. Aufstiegsdepot, Stufe 2: vom Beitragszahler zum Eigentümer

- **Umsetzung:** Für alle, die bei Einführung jünger als 35 sind, und für alle späteren Jahrgänge fließt ein Teil des Rentenbeitrags ins eigene Aufstiegsdepot. Einstieg mit einem Beitragspunkt von 18,6, schrittweise auf 2,5 Punkte. Die gesetzlichen Ansprüche sinken anteilig. Wer keinen Fonds wählt, landet in einem staatlich organisierten, breit gestreuten Standardfonds mit niedrigen Kosten. Das Vermögen gehört dem Sparer und ist vererbbar.
- **Wer entscheidet:** Bundestag (SGB VI).
- **Was es jungen Menschen bringt:** Eine 25-Jährige mit 45.000 € Gehalt zahlt mit einem Beitragspunkt 450 € im Jahr in ihr Depot. Nach 40 Jahren sind das rund 50.000 €, mit 2,5 Punkten rund 124.000 €. Annahme: 4 % reale Rendite, 1 % reales Lohnwachstum, in heutiger Kaufkraft (eigene Rechnung).
- **Kosten für den Staat:** rund 4,3 Mrd. € weniger Beitragseinnahmen der Rentenversicherung im ersten Jahr. Ein Beitragspunkt entspricht rund 17 Mrd. € (Beitragseinnahmen 2025 rund 321 Mrd. €, DRV), auf die unter 35-Jährigen entfällt rund ein Viertel. Der Betrag wächst mit jedem neuen Jahrgang. Langfristig sinken die Rentenausgaben, weil die Ansprüche kleiner sind. Die Übergangszeit finanziert die Abschaffung der Rente mit 63 (Nr. 17).
- **Vorbild:** Schweden leitet seit 2000 2,5 von 18,5 Beitragspunkten in persönliche Fonds (Regierung Schweden). Die Rentenkommission empfiehlt dagegen eine verpflichtende kapitalgedeckte Vorsorge zusätzlich zum Beitrag, mit zwei Prozentpunkten, je zur Hälfte von Arbeitgeber und Arbeitnehmer (t-online). Der BKU will umlenken, nicht draufsatteln: Ein zusätzlicher Beitrag würde genau die Jungen weiter belasten.
- **Kommunikation:** Das Aufstiegsdepot ergänzt die gesetzliche Rente. Es schafft sie nicht ab.

9. Mitarbeiterbeteiligung vereinfachen

- **Ausgangslage:** Seit 2024 wird die Steuer auf Mitarbeiteranteile bis zum Verkauf aufgeschoben (§ 19a EStG). Das gilt nur für Unternehmen unter 1.000 Beschäftigten, unter 100 Mio. € Umsatz und höchstens 20 Jahre alt. Der Aufschub endet nach 15 Jahren oder beim Arbeitgeberwechsel. Der Freibetrag liegt bei 2.000 € (Forvis Mazars). Virtuelle Anteile und Optionen, in Start-ups die Regel, werden bei Auszahlung voll als Arbeitslohn besteuert.
- **Umsetzung:**
  - Freibetrag 5.000 € (§ 3 Nr. 39 EStG). Diese Zahl stand schon im Regierungsentwurf des Zukunftsfinanzierungsgesetzes vom August 2023 (EY).
  - Den gesamten Gewinn aus der Beteiligung, auch aus virtuellen Anteilen und Optionen, beim Verkauf mit der Abgeltungsteuer besteuern.
  - Aufschub ohne Frist, auch beim Arbeitgeberwechsel.
  - Für den größeren Mittelstand öffnen, Schwelle etwa 5.000 Beschäftigte.
- **Wer entscheidet:** Bundestag mit Zustimmung des Bundesrats.

- **Was es jungen Menschen bringt:** Eine Entwicklerin mit 80.000 € Gehalt erhält beim Verkauf ihres Start-ups 100.000 € aus virtuellen Anteilen. Heute zahlt sie darauf rund 44 % Lohnsteuer und Soli, künftig 26,4 % Abgeltungsteuer und Soli. Sie behält rund 18.000 € mehr (eigene Rechnung).
- **Kosten für den Staat:** unter 0,5 Mrd. € im Jahr. Annahme: 500.000 Beschäftigte nutzen den höheren Freibetrag voll, also 3.000 € mehr steuerfrei, Grenzsteuersatz 30 %. Die Besteuerung beim Verkauf ist nicht eingerechnet. Mitarbeiterbeteiligung ist in Deutschland wenig verbreitet, die Maßnahme soll das ändern.
- **Vorbild:** Großbritannien mit den EMI-Optionen. Steuer fällt erst beim Verkauf an, als Veräußerungsgewinn (HMRC).
- **Botschaft:** Nicht nur Arbeitseinkommen ermöglichen, sondern Eigentum am Unternehmen.

SÄULE 3

Gründen ohne Hindernisse

Gründer sind jung: 2025 gab es rund 690.000 Existenzgründungen, 40 % der Gründer waren unter 30, im Schnitt 34,2 Jahre alt. Im Vollerwerb haben 206.000 Menschen gegründet, so viele wie im Vorjahr (KfW-Gründungsmonitor 2026). Die ersten drei Jahre entscheiden, ob ein Unternehmen überlebt. In dieser Zeit soll der Gewinn im Betrieb bleiben.

10. Gründerfreibetrag, auch für GmbH und UG

- **Umsetzung:** Wer zum ersten Mal im Vollerwerb gründet, zahlt in den ersten drei Jahren auf 25.000 € Gewinn im Jahr keine Steuer.
  - Einzelunternehmen, Freiberufler, Personengesellschaften: Freibetrag in der Einkommensteuer auf Gewinne aus Gewerbebetrieb und selbständiger Arbeit.
  - GmbH und UG: Freibetrag von 25.000 € bei Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer in den ersten drei Wirtschaftsjahren. Bei der Gewerbesteuer haben Einzelunternehmen heute schon einen Freibetrag von 24.500 € (§ 11 Abs. 1 GewStG), Kapitalgesellschaften keinen.
  - Missbrauchsklausel: nur bei der Erstgründung, nicht im Nebenerwerb, nicht bei Umwandlung eines bestehenden Betriebs, nicht, wenn der frühere Arbeitgeber mehr als die Hälfte des Umsatzes bringt.
  - Einfacher: Die bis Ende 2026 befristete Befreiung der Gründer von der monatlichen Umsatzsteuer-Voranmeldung wird dauerhaft (NWB).
- **Wer entscheidet:** Bundestag mit Zustimmung des Bundesrats (Einkommensteuer-, Körperschaftsteuer-, Gewerbesteuergesetz). Die Gewerbesteuer steht den Gemeinden zu, der Bund muss den Ausfall ausgleichen.
- **Was es jungen Menschen bringt:**
  - Gründerin, Einzelunternehmen, 40.000 € Gewinn: rund 4.800 € weniger Einkommensteuer im Jahr, nach Abzug der Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung.
  - Gründer-GmbH mit 60.000 € Gewinn: rund 7.450 € weniger Körperschaft- und Gewerbesteuer im Jahr.
  - Über drei Jahre sind das rund 14.000 bis 22.000 € für Investitionen und erste Mitarbeiter (eigene Rechnung).
- **Kosten für den Staat:** rund 1,5 Mrd. € im Jahr. Annahme: 206.000 Gründungen im Vollerwerb pro Jahr, drei Jahrgänge, drei Viertel davon Erstgründer, die Hälfte davon mit Gewinn über dem Freibetrag, Entlastung 25 % auf 25.000 €.

11. Gründen in 24 Stunden, Steuernummer in einer Woche

- **Umsetzung:** Ein Portal für Gewerbeanmeldung, Handelsregister, Steuernummer und Sozialversicherung. Die GmbH-Gründung per Video beim Notar gibt es seit August 2022 (Haufe). Es fehlt die Verknüpfung mit Gewerbeamt und Finanzamt. Die Koalition will die Steuernummer in höchstens vier Wochen (ZDFheute). Der BKU fordert eine Woche, automatisch erteilt.

- **Wer entscheidet:** Bund (Registerrecht, Abgabenordnung) und Länder (Gewerbeämter, Finanzämter). Die Länder haben im März 2026 ein Konzept vorgelegt (Berlin.de). Es fehlen Gesetz und Zeitplan.
- **Was es jungen Menschen bringt:** Rechnungen schreiben ab dem ersten Tag. Heute warten Gründer oft Wochen auf die Steuernummer.
- **Kosten für den Staat:** keine zusätzlichen. Die Digitalisierung ist ohnehin geplant.

12. Gründer-Schonfrist: drei Jahre keine neuen Berichtspflichten

- **Umsetzung:** In den ersten drei Jahren gelten für neue Unternehmen keine Berichts-, Melde- und Dokumentationspflichten, die nach ihrer Gründung eingeführt werden. Die Befreiung von Statistikmeldungen, die Gründer bis 800.000 € Umsatz seit 2016 genießen (Haufe), gilt künftig für alle Statistiken.
- **Wer entscheidet:** Bundestag, als Regel in einem Bürokratieentlastungsgesetz.
- **Was es jungen Menschen bringt:** Planbarkeit. Die Zeit geht in Kunden und Produkt, nicht in Formulare.
- **Kosten für den Staat:** keine.

13. Keine Rentenpflicht für Selbständige

- **Position:** Die Rentenkommission empfiehlt, neue Selbständige ab einem Stichtag ohne Ausweichmöglichkeit in die gesetzliche Rente einzubeziehen. Bestehende Selbständige sollen widersprechen können (BMAS). Der BKU lehnt die Pflicht ab. Selbständige sorgen eigenverantwortlich vor. Das Aufstiegsdepot steht ihnen offen.
- **Umsetzung:** Die Empfehlung wird nicht umgesetzt.
- **Wer entscheidet:** Bundestag.
- **Was es jungen Menschen bringt:** Gründer zahlen in der Aufbauphase nicht den vollen Rentenbeitrag von heute 18,6 % aus eigener Tasche (DRV).
- **Kosten für den Staat:** keine.

SÄULE 4

Zurückholen und Weiterkommen

Wer gegangen ist, soll einen Grund haben zurückzukommen. Wer bleibt und sich weiterqualifiziert, soll dafür nicht allein zahlen.

14. Rückkehrer-Freibetrag

- **Umsetzung:** Wer früher in Deutschland steuerpflichtig war, mindestens drei Jahre im Ausland gelebt hat und zurückkehrt, bekommt drei Jahre lang 30 % seines Arbeits- oder Unternehmereinkommens steuerfrei, höchstens 20.000 € im Jahr. Kriterium ist der frühere Wohnsitz, nicht der Pass. Eine Regel nur für Deutsche verstieße gegen das Diskriminierungsverbot der EU.
- **Fast-Track:** Eine Anlaufstelle für Rückkehrer regelt Anmeldung, Steuer-ID, Krankenversicherung, Anerkennung ausländischer Abschlüsse und Kita-Platz aus einer Hand. Sie gehört in die geplante Work-and-Stay-Agentur (Gleiss Lutz), keine neue Behörde.
- **Wer entscheidet:** Bundestag mit Zustimmung des Bundesrats (Freibetrag), Bundesregierung (Anlaufstelle).
- **Was es jungen Menschen bringt:**
  - Ein Ingenieur kehrt nach vier Jahren in der Schweiz zurück und verdient 75.000 € brutto. 20.000 € sind steuerfrei, er zahlt rund 7.000 € weniger Steuer im Jahr, 21.000 € über drei Jahre.
  - Eine Pflegekraft kehrt aus Österreich zurück und verdient 40.000 €. 12.000 € sind steuerfrei, sie zahlt rund 3.200 € weniger Steuer im Jahr (eigene Rechnung).
- **Kosten für den Staat:** rund 1,4 Mrd. € im Jahr. Annahme: 192.000 Zuzüge von Deutschen 2025, gut ein Drittel erfüllt die Bedingungen und arbeitet, drei Jahrgänge, Freibetrag im Schnitt 18.000 €, Grenzsteuersatz 38 %. Dem stehen Einnahmen gegenüber: Jeder Rückkehrer zahlt wieder Steuern und volle Sozialbeiträge.
- **Vorbild:** Portugal stellt Rückkehrern, die früher dort lebten und fünf Jahre im Ausland waren, fünf Jahre lang die Hälfte ihres Arbeits- und Unternehmereinkommens steuerfrei, bis 250.000 € im Jahr (Programa Regressar). Italien stellt hochqualifizierten Zuziehenden seit 2024 die Hälfte des Arbeitseinkommens steuerfrei, bis 600.000 € im Jahr (Regime impatriati, Rödl & Partner).
- **Lehre aus 2024:** Die Ampel hat 2024 einen Steuerrabatt für neue ausländische Fachkräfte vorgeschlagen und nach öffentlicher Kritik nie umgesetzt (ZDFheute). Der Rückkehrer-Freibetrag ist enger gefasst und leichter zu begründen: Er holt Menschen zurück, deren Ausbildung Deutschland bezahlt hat.

15. Weiterbildungsbonus

- **Ausgangslage:** Zahlt der Arbeitgeber die Fortbildung, ist sie steuerfrei (§ 3 Nr. 19 EStG). Für Meister, Techniker oder Fachwirt gibt es das Aufstiegs-BAföG: Der Staat übernimmt die Hälfte der Lehrgangs- und Prüfungsgebühren bis 15.000 € als Zuschuss (§ 12 AFBG). Nach bestandener Prüfung wird die Hälfte des Restdarlehens erlassen, am Ende bleiben rund 25 % Eigenanteil (fernstudi.net). Für Weiterbildungen ohne Aufstiegs-BAföG, etwa ein berufsbegleitendes Studium, bleibt meist nur der Werbungskostenabzug. Davon hat die Führungskraft mit 42 % Grenzsteuersatz pro Euro fast doppelt so viel wie der Geselle mit 25 %.

- **Umsetzung:** Wer eine berufliche Fortbildung selbst bezahlt, zieht zusätzlich zum Werbungskostenabzug 20 % seines Eigenanteils direkt von der Steuerschuld ab, höchstens 2.000 € im Jahr. Eigenanteil heißt: nach Abzug von Zuschüssen wie dem Aufstiegs-BAföG. Das gilt für Meister, Techniker, Fachwirt, berufsbegleitendes Studium und qualifizierende Kurse. Was in einem Jahr nicht genutzt werden kann, wird vorgetragen. Muster ist der Handwerkerbonus (§ 35a EStG).
- **Wer entscheidet:** Bundestag mit Zustimmung des Bundesrats.
- **Was es jungen Menschen bringt** (eigene Rechnung):
  - Eine Fachkraft mit 42.000 € Gehalt zahlt 10.000 € für ein berufsbegleitendes Studium selbst. Sie bekommt 2.000 € Bonus, zusätzlich zu rund 2.400 € Steuerersparnis durch den Werbungskostenabzug.
  - Ein Geselle mit Aufstiegs-BAföG trägt bei 10.000 € Kursgebühren für den Meister rund 2.500 € selbst. Darauf bekommt er 500 € Bonus.
  - Wer während der Fortbildung wenig verdient, nutzt den Bonus in den Folgejahren.
- **Kosten für den Staat:** rund 0,3 Mrd. € im Jahr. Annahme: 750.000 Menschen mit im Schnitt 2.000 € selbst bezahlten Fortbildungskosten nach Zuschüssen.

SÄULE 5

Generationengerechtigkeit

Die Sozialabgaben steigen bis 2035 auf fast 49 %, wenn nichts passiert (IGES für DAK). Bezahlen werden das die, die heute ins Berufsleben starten. Diese Säule finanziert einen Teil des Aktionsplans und sorgt dafür, dass neue Lasten für die Jungen sichtbar werden, bevor sie beschlossen sind.

16. Generationen-Check für jedes Gesetz

- **Umsetzung:** Jeder Gesetzentwurf der Bundesregierung weist aus, was er künftige Beitrags- und Steuerzahler kostet: Wirkung auf die Beitragssätze bis 2040 und auf die versteckte Staatsverschuldung. Der Nationale Normenkontrollrat prüft die Angaben. Technisch eine Ergänzung der Gesetzesfolgenabschätzung in der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesministerien.
- **Wer entscheidet:** Bundesregierung per Kabinettsbeschluss. Kein Gesetz nötig.
- **Was es jungen Menschen bringt:** Eine Haltelinie beim Rentenniveau treibt den Gesamtbeitrag bis 2035 in Richtung 50 % (IGES für DAK). Mit dem Generationen-Check stünde diese Zahl auf Seite 1 des Entwurfs.
- **Kosten für den Staat:** keine.

17. Rente mit 63 abschaffen

- **Stand:** Die Rentenkommission hat am 23.6.2026 33 Empfehlungen vorgelegt. Arbeitsministerin Bas will sie möglichst vollständig umsetzen. Ein Gesetzentwurf liegt nicht vor (BMAS).
- **Umsetzung:** Die abschlagsfreie Rente nach 45 Beitragsjahren entfällt für künftige Jahrgänge, mit Vertrauensschutz für rentennahe Jahrgänge. Wer früher gehen will, kann das weiter, mit Abschlägen. Zusätzlich wird die Regelaltersgrenze an die Lebenserwartung gekoppelt, im Verhältnis zwei zu eins. Bis 2041 stünde sie damit bei 67,5 Jahren. Beides empfiehlt die Rentenkommission (Empfehlungen 5 und 6, t-online).
- **Warum die Kopplung:** Renten werden heute rund doppelt so lange gezahlt wie 1960, etwa 20 statt 10 Jahre (bpb nach DRV). Die Kopplung teilt jedes zusätzliche Lebensjahr auf: acht Monate Arbeit, vier Monate Rente. So bleibt das Verhältnis von Arbeits- und Rentenzeit für jede Generation gleich. Die Regel greift automatisch, das Rentenalter hängt nicht mehr an Wahlterminen. Dänemark, die Niederlande, Schweden, Italien und Estland koppeln bereits (OECD).
- **Wer entscheidet:** Bundestag (SGB VI).
- **Was es jungen Menschen bringt:** Weniger Druck auf die Beiträge und das Geld für den Einstieg ins Aufstiegsdepot (Nr. 8). Laut DIW bleiben dem Arbeitsmarkt rund 125.000 Vollzeitkräfte zusätzlich erhalten.
- **Einsparung:** Laut DIW spart die Rentenversicherung je Rentnerjahrgang rund 10,4 Mrd. € über dessen gesamte Rentenzeit, nach Abzug geringerer Steuern und Sozialabgaben netto rund 9,5 Mrd. € (ZDFheute). Jedes Jahr nutzen 250.000 bis 280.000 Menschen diese Rente, rund 30 % aller neuen Altersrenten (DIW für Bertelsmann Stiftung). Wegen des Vertrauensschutzes wirkt die Abschaffung erst für spätere Jahrgänge. Die jährliche Entlastung wächst mit jedem betroffenen Jahrgang, auf Dauer auf rund 9,5 Mrd. € im Jahr (eigene Ableitung).

- **Kommunikation:** Der BKU setzt um, was die Kommission der Bundesregierung empfiehlt.

18. Finanzbildung und freie Vorsorge statt Frühstart-Rente

- **Stand:** Der Bundestag hat die Frühstart-Rente am 16.10.2026 beschlossen, der Bundesrat berät noch. Ab 2027 zahlt der Staat für jedes Kind von 6 bis 18 Jahren 10 € im Monat in ein Depot, zuerst für die Jahrgänge 2020 und 2021. Die Kosten steigen von 198 Mio. € 2027 auf 411 Mio. € 2030 (DATEV, DRV).
- **Kritik des BKU:** Die Diagnose stimmt: Junge Menschen brauchen früh Vermögen. Die Therapie stimmt nicht. Der Staat wird zum ersten Vermögensverwalter des Kindes, statt dass Familien selbst einen Anbieter wählen. Das widerspricht dem Prinzip der Subsidiarität. Zwölf Jahre lang 10 € ergeben 1.440 € Einzahlung.
- **Umsetzung:**
  - Finanzbildung wird eigenes Unterrichtsfach an allen weiterführenden Schulen, ohne Stunden in Mathematik zu kürzen.
  - Private Langfristanlagen sind in der Ansparphase steuerfrei. Erträge, die im Depot bleiben, werden erst bei Entnahme besteuert. Das gilt auch für Depots, die Eltern im eigenen Namen für ihre Kinder führen.
  - Familien wählen den Anbieter frei. Die Anbieter stehen im Wettbewerb.
  - Mit 18 kann ein Kinderdepot ohne Steuerfolgen ins Aufstiegsdepot übergehen.
- **Wer entscheidet:** Länder (Lehrpläne), Bundestag mit Zustimmung des Bundesrats (Einkommensteuer).
- **Was es jungen Menschen bringt:** Wissen über Geld und ein Depot, über das die Familie selbst entscheidet. Eltern, die 50 € im Monat anlegen, haben nach 18 Jahren rund 15.700 €, bei 4 % realer Rendite in heutiger Kaufkraft (eigene Rechnung).
- **Kosten für den Staat:** offen, abhängig von der Ausgestaltung der steuerfreien Ansparphase. Frei werden die Mittel der Frühstart-Rente, bis 2030 rund 411 Mio. € im Jahr.

Kosten und Gegenfinanzierung

Alle 18 Maßnahmen kosten im Endausbau zusammen rund 28,5 Mrd. € im Jahr, gerechnet mit fünf Jahren Startfreibetrag und 5.000 € Erlass je Kind. Finanziert wird das über weniger Finanzhilfen des Bundes, eine Ausgabenregel und die Abschaffung der Rente mit 63. Ein Stufenplan startet die teuren Maßnahmen erst, wenn die Einsparungen greifen. Gegengerechnet: Gehen 850.000 junge Leistungsträger ins Ausland, rund 7 % aller jungen Erwerbstätigen, fehlen dem Staat jedes Jahr so viele Steuern und Beiträge, wie der ganze Aktionsplan kostet.

Deutschland hat kein Einnahmenproblem. Der Staat hat 2024 erstmals mehr als 2 Billionen € eingenommen und trotzdem ein Defizit von 119 Mrd. € gemacht. Die Ausgaben stiegen um 5,3 % auf 2.132 Mrd. €, schneller als die Einnahmen (Ärzteblatt nach Destatis). Der Aktionsplan entspricht rund 1,3 % dieser Ausgaben. Er ist ohne neue Schulden finanzierbar, sofern der Staat sein Ausgabenproblem angeht und die Sozialausgaben nicht schneller wachsen als die Wirtschaft.

Was Abwanderung kostet

Wer als junger Leistungsträger geht, nimmt seine besten Einkommensjahre mit. Gerechnet ist mit 46.250 € brutto beim Einstieg, rund 60.000 € mit 30 und 68.250 € mit 35. Einstieg und Endwert entsprechen dem Median im ersten Berufsjahr und dem Median mit Hochschulabschluss (Stepstone-Gehaltsreport 2026), der Wert mit 30 ist interpoliert. Steuern und Beiträge sind eigene Rechnung, die Beiträge des Arbeitgebers eingeschlossen.

Alter	Bruttogehalt	Steuern und Sozialbeiträge pro Jahr
25	46.250 €	rund 25.700 €
30	60.000 €	rund 35.100 €
35	68.250 €	rund 41.000 €

Zwischen 25 und 35 summiert sich das auf rund 335.000 € je Person (eigene Rechnung), davon rund 88.000 € Einkommensteuer und Soli, der Rest Sozialbeiträge von Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Die Mehrwertsteuer auf den Konsum ist nicht eingerechnet.

Junge Leistungsträger, die gehen	Anteil an allen jungen Erwerbstätigen	Fehlende Steuern und Beiträge pro Jahr
100.000	0,9 %	rund 3,3 Mrd. €
250.000	2,2 %	rund 8,4 Mrd. €
500.000	4,3 %	rund 16,7 Mrd. €
850.000	7,4 %	rund 28,5 Mrd. €

- **Basis:** im Schnitt rund 33.500 € Steuern und Beiträge im Jahr zwischen 25 und 35. Rund 11,5 Mio. Erwerbstätige zwischen 20 und 34 Jahren (BKU-Schätzung). Allein die 20- bis 24-Jährigen sind 3,04 Mio. (ms-aktuell nach Destatis).
- **Schwelle:** Gehen 850.000 junge Leistungsträger, rund 7 % aller jungen Erwerbstätigen, fehlt jedes Jahr so viel, wie der ganze Aktionsplan kostet. 21 % der 14- bis 29-Jährigen planen den Weggang bereits konkret.
- **Der Verlust wächst jedes Jahr:** 2025 hat Deutschland netto 97.000 Staatsbürger verloren. 68 % aller Fortziehenden, Deutsche und Ausländer, waren 2024 jünger als 40 (Migrationsbericht 2024). Bleiben jedes Jahr 50.000 junge Leistungsträger weg, fehlen nach zehn Jahren rund 16,7 Mrd. € im Jahr.
- **Über ein Erwerbsleben:** Das ifo Institut hat 2009 berechnet, was der Staat netto verliert, wenn ein Facharbeiter mit 23 geht: 281.000 €. Bei einer Ärztin sind es knapp 1,1 Mio. € (INSM nach ifo). Heute lägen die Werte höher.
- **Einschränkung:** Wer geht, erwirbt hier auch keine Rentenansprüche. Langfristig ist der Verlust bei den Sozialbeiträgen deshalb kleiner. Kurzfristig fehlt das Geld genau dann, wenn die Babyboomer in Rente gehen. Die Steuern fallen ganz aus.

Gegenfinanzierung	Betrag pro Jahr
Finanzhilfen des Bundes um 5 % kürzen (2026 rund 150 Mrd. € laut Freiburger Subventionsbericht)	rund 7,5 Mrd. €
Ausgabenregel: Die Staatsausgaben wachsen jedes Jahr einen halben Prozentpunkt langsamer	im ersten Jahr rund 10,7 Mrd. €, im zweiten rund 22 Mrd. €, danach mehr
Rente mit 63 abschaffen (Nr. 17)	wächst mit jedem Jahrgang, auf Dauer rund 9,5 Mrd. €

Finanzhilfen und Ausgabenregel decken Stufe 1 und 2 des Stufenplans. Stufe 3 startet erst, wenn die Einsparungen aus der Rente mit 63 greifen. Die Ausgabenregel legt nicht fest, wo gespart wird. Diese Prioritäten setzen Bund, Länder und Gemeinden in ihren Haushalten. Gerechnet ist mit den Staatsausgaben 2024 von 2.132 Mrd. € (eigene Rechnung).

Stufenplan

Stufe	Start	Maßnahmen	Kosten pro Jahr
1	2027	Nr. 3, 6, 7, 9, 11 bis 16, 18 und Beschluss zu Nr. 17	rund 4,2 Mrd. €
2	2028	Nr. 1, 2, 5, 10	rund 15,1 Mrd. €
3	2029	Nr. 4, 8	rund 9,2 Mrd. €, mit Option B beim Startfreibetrag rund 7,2 Mrd. €

- **Stufe 1** kostet wenig und läuft über Verfahren, die schon begonnen haben: Arbeitszeitgesetz, Altersvorsorgedepot, Rentenreform, Gründen in 24 Stunden.
- **Stufe 2** bringt die großen Entlastungen für Leistung und Eigentum.
- **Stufe 3** startet Startfreibetrag und Aufstiegsdepot Stufe 2, wenn die Einsparungen aus der Rente mit 63 wachsen.

- **Selbstfinanzierung** ist nicht eingerechnet. Jeder Rückkehrer, jede zusätzliche Arbeitsstunde und jede Gründung bringt Steuern und Beiträge zurück.
- **Rentenversicherung:** Die Einsparung aus der Rente mit 63 fällt dort an. Sie finanziert das Aufstiegsdepot Stufe 2, der Rest erlaubt einen niedrigeren Bundeszuschuss.
- **Deckel:** Fast alle Steuermaßnahmen sind gedeckelt. Freibeträge wirken mit dem Grenzsteuersatz, die Deckel begrenzen den Vorteil für hohe Einkommen.
- **Länder und Gemeinden** tragen einen Teil der Ausfälle bei Einkommen-, Grunderwerb- und Gewerbesteuer. Der Bund gleicht das teilweise aus, wie bei der Einkommensteuerreform 2027.
- **Alle Kostenangaben** sind Überschlagsrechnungen des BKU auf Basis der genannten Quellen. Die Annahmen stehen bei jeder Maßnahme.

Was BKU-Unternehmer beitragen können

Ein Aktionsplan, der nur vom Staat fordert, greift zu kurz. Die Soziallehre verlangt vom Unternehmer Verantwortung für die Menschen in seinem Betrieb. Der BKU ruft seine Mitglieder deshalb zu sechs Beiträgen auf, die ohne Gesetz sofort wirken.

1. **Ausbilden:** Wer ausbilden kann, bietet Ausbildungs- oder Studienplätze an.
2. **Leistung belohnen:** Sobald die Leistungsprämie steuerfrei ist, nutzen BKU-Unternehmer sie.
3. **Beteiligen:** BKU-Unternehmer prüfen, ob ein Modell der Mitarbeiterbeteiligung zu ihrem Betrieb passt.
4. **Vorsorgen:** BKU-Unternehmer zahlen Berufseinsteigern einen Arbeitgeberbeitrag ins Altersvorsorgedepot.
5. **Gründer begleiten:** Erfahrene Unternehmer im BKU begleiten junge Gründer als Mentoren, gemeinsam mit dem Jungen BKU.
6. **Ehrenamt ermöglichen:** BKU-Unternehmer stellen Mitarbeiter für ehrenamtliches Engagement frei (#EineStundeEhrensache).

SCHLUSS

Das Aufstiegsversprechen erneuern

Die Soziale Marktwirtschaft hat ein Versprechen gegeben: Wer sich anstrengt, kommt voran und bildet Eigentum. Für die heute 25-Jährigen löst Deutschland dieses Versprechen nicht mehr ein. Sie tragen die zweithöchste Abgabenlast der OECD, kaufen ihre erste Wohnung mehr als zwei Jahre später als der europäische Schnitt und finanzieren eine Rentenpolitik, die Ältere entlastet. Ein Fünftel von ihnen plant den Weggang.

Der Aktionsplan setzt an drei Stellen an. Bei der Leistung: mehr netto von Prämie, Überstunde und erstem Gehalt. Beim Eigentum: Wohnung, Depot und Unternehmensanteil statt bloßer Rentenanwartschaft. Bei der Verantwortung: Gründer entlasten, Rückkehrer zurückholen, neue Lasten für die Jungen sichtbar machen, bevor sie beschlossen sind.

Vieles davon liegt schon auf dem Tisch der Koalition: die Arbeitszeitreform, das Altersvorsorgedepot, die Empfehlungen der Rentenkommission. Anderes hat sie angekündigt und liegen lassen, wie die steuerfreien Überstunden. Der BKU macht diese Vorhaben mutiger und verbindet sie zu einem Plan. Die Einkommensteuerreform 2027 liegt im Finanzausschuss, die Rentenreform steht noch aus. Jetzt ist der Zeitpunkt.

Der Generationenvertrag verpflichtet die Jungen gegenüber den Älteren. Er verpflichtet ebenso die Politik gegenüber den Jungen. Der BKU fordert das ein und leistet als Unternehmer selbst seinen Teil.

Quellen

Lage

- Destatis: Nettozuwanderung 2025
- Destatis: Wanderungen nach Staatsangehörigkeiten 2020 bis 2025
- IW: Abwanderung aus Deutschland (2022)
- Forschung & Lehre: Trendstudie Jugend in Deutschland 2026
- Universität Potsdam: Jugendstudie 2026
- OECD: Taxing Wages 2026, Overview
- OECD: Taxing Wages 2026, Tabellen 3.2 und 3.10
- Euronews: Durchschnittslöhne in Europa nach OECD
- DAK: IGES-Projektion der Sozialversicherungsbeiträge bis 2035
- Euronews: Wohneigentum und Alter beim ersten Kauf
- Eurostat: Housing in Europe
- KPMG: Aktivrentengesetz
- Bundestag: Erste Lesung Einkommensteuerreformgesetz 2027
- DRV: Finanzlage und Beitragssatz
- ZDFheute: Rentenpaket und Haltelinie
- inFranken: Forsa-Umfrage zum Vertrauen in die Rente
- BMAS: Rentenkommission 2026

Maßnahmen

- anwaltonline: Erwerbstätige und Arbeitnehmer 2025 nach Destatis
- Bund der Steuerzahler: Inflationsausgleichsprämie bis Ende 2024
- Sonderzahlungen in Österreich 2026
- Gleiss Lutz: Koalitionsvertrag, Arbeit und Soziales
- lohndirekt: Stand der steuerfreien Überstundenzuschläge
- Wirtschaftsdienst: Steuerfreie Überstundenzuschläge
- PayFit: Überstunden in Frankreich
- Personalwirtschaft: Referentenentwurf Arbeitszeitgesetz
- Polen: Steuerbefreiung unter 26
- Coverflex: IRS Jovem in Portugal
- IW: Stellungnahme Wohneigentum (2023)
- fertighaus.de: Hessengeld
- vergleich.de: Grunderwerbsteuer nach Bundesland
- VDIV: Unionsantrag Grunderwerbsteuer-Freibetrag
- Haufe: Koalitionsvertrag aus Immobiliensicht
- KfW: Jung kauft Alt ab August 2026
- Finanztip: Eigenkapital beim Hauskauf
- Steuertipps: Baukindergeld
- Hypotheker: Nationale Hypotheekgarantie 2026
- BKU: Grundsatzstatement Wohnen
- ING: Altersvorsorgedepot
- finanzwelt: Altersvorsorgedepot ab 2027
- GOV.UK: Start des Auto-Enrolment 2012
- Regierung Schweden: The Swedish Pension System in Brief
- t-online: Empfehlungen der Rentenkommission
- Forvis Mazars: Mitarbeiterkapitalbeteiligung
- EY: Regierungsentwurf Zukunftsfinanzierungsgesetz
- HMRC: Enterprise Management Incentives
- KfW: Gründungsmonitor 2026
- NWB: Umsatzsteuer-Voranmeldung für Gründer
- Haufe: GmbH-Gründung online seit August 2022
- ZDFheute: Steuerreform der Koalition
- Berlin.de: Gründen in 24 Stunden
- Haufe: Bürokratieentlastungsgesetz 2015
- Portal das Finanças: Programa Regressar

- Rödl & Partner: Regime impatriati in Italien
- ZDFheute: Steuerbonus für ausländische Fachkräfte
- fernstudi.net: Aufstiegs-BAföG und Eigenanteil
- Bertelsmann Stiftung: DIW-Studie zur Rente mit 63
- ZDFheute: DIW-Studie zur Rente mit 63, Einsparung je Jahrgang
- bpb nach DRV: Durchschnittliche Rentenbezugsdauer
- The National nach OECD Pensions at a Glance 2023: Kopplung an die Lebenserwartung
- DATEV: Bundestag beschließt die Frühstart-Rente
- DRV: Fragen und Antworten zur Frühstart-Rente
- Ärzteblatt: Staatsfinanzen 2024
- ZDFheute: Freiburger Subventionsbericht

Gegenrechnung Abwanderung

- Bundestag: Migrationsbericht 2024 (Drs. 21/4300)
- INSM: Teurer Brain Drain, nach ifo (2009)
- ms-aktuell: Junge Erwerbstätige nach Destatis
- Personalwirtschaft: Stepstone-Gehaltsreport 2026

Eigene Rechnungen: Die Beispiele für Arbeitnehmer rechnen mit dem Einkommensteuertarif 2026 für Alleinstehende ohne Kinder und ohne Kirchensteuer, mit Vorsorgepauschale, Arbeitnehmer-Pauschbetrag und einem Arbeitnehmeranteil zur Sozialversicherung von 21,75 %. Die Kosten sind Überschlagsrechnungen des BKU, die Annahmen stehen bei jeder Maßnahme.